

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

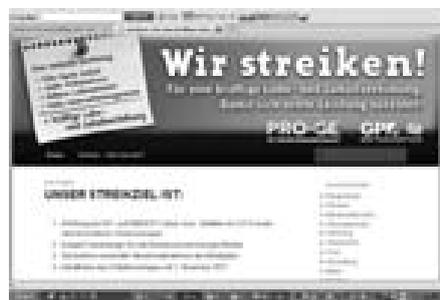
Das ist nicht unsere Krise! Wir wollen unser Geld!

Das ist der Tenor der 100.000-fachen Proteste in Griechenland, Portugal, Italien, der Jugendproteste in Großbritannien, der „Empörten“ in Spanien, der „Occupy Wall Street“- oder „Wir sind 99%“-Proteste in den USA, in Asien und Europa, oder des jüngsten Metaller-Warnstreiks in Österreich, an dem sich von den 165.000 Beschäftigten ca. 100.000 Menschen in 200 Betrieben beteiligten.

Die Protestmaßnahmen der Metall-ArbeiterInnen für höhere Löhne sind vollauf berechtigt. Die Branche ist auf Rekordkurs, Umsätze steigen und die Stundenproduktivität legt um fünf Prozent zu. Die Aktionäre können mit einer Ausschüttung von 2,5 Milliarden Euro rechnen – wie im (Krisen-)Jahr zuvor auch. Das waren 90 Prozent der Gewinne. Zudem machen die Löhne nur ca. 18% der Gesamtkosten der Metallindustrie aus.

MEHR ALS BERECHTIGT

Die Protestmaßnahmen der Metall-ArbeiterInnen betreffen nicht nur die Arbeitenden in der Metallindustrie, sondern alle arbeitenden Menschen in Österreich. So gab es seit 1995 (EU-Beitritt) für die ArbeitnehmerInnen nur Reallohnverluste, während die Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um 24% gestiegen ist. Durch Umverteilung zum Kapital wurde den ArbeitnehmerInnen im gleichen Zeitraum 110 Milliarden Euro geraubt. Österreichs arbeitende Bevölkerung ist für die Industrie billig: Österreichs Industrie hat die dritthöchste Produktivität in der EU hinter Irland und den Niederlanden. Die Brutto-Lohnquote sank laut Wifo



von 1995 bis 2008 von 67% auf 59% des Volkseinkommens. Heute hat nur 1% der Bevölkerung 27% des Geld- und 22% des Immobilienvermögens, aber 50% der Bevölkerung nur 8% des Geld- bzw. nur 2% des Immobilienvermögens in Österreich. Allein für 2011 wird eine allgemeine Teuerung von über 3,6% und mehr erwartet. Der wöchentliche Einkauf ist gegenüber dem letzten Jahr um über 7% teuer geworden. Experten zur Finanzmarktkrise rechnen in den kommenden Jahren mit einer Hyperinflation (siehe Artikel auf den folgenden Seiten).

BREITE UNTERSTÜTZUNG

Als die Warnstreiks der Metaller starteten, mussten alle Medien und Berichterstatter zähneknirschend zugeben, dass die Forderungen vollauf berechtigt sind, dass nicht nur die Metaller, sondern auch die übrige Bevölkerung unter den Belastungen stöhnt. Über 80% unterstützten nach einer Umfrage die Proteste. Und je breiter die Unterstützung wurde, umso mehr wurde wieder davon geschrieben, dass „Streik uns allen schade“. Wirklich? Nein, aus Angst, dass sich mehr Menschen zu rühren beginnen!

SO NICHT

Wer, wenn nicht wir, die arbeitenden Menschen, sollen der Abrückermentalität der Konzerne und Banken etwas entgegensetzen? Wir müssen uns unseren Anteil holen, freiwillig und in Verhandlungen geben die Unternehmer nichts Substanzielles her. Mehr Handeln als Verhandeln ist angesagt. Das bekäme den österreichischen ArbeitnehmerInnen aber auch den Gewerkschaften gut.

Denn: ÖVP, auch und gerade die sozialdemokratische Führer und die Grünen stimmen für die Milliarden Euros für die Profite der Banken und ihre Aktionäre. So treiben sie die Menschen den rechten Volksverhetzern wie SPÖ und BZÖ in die Arme. Ein Experte, Hannes Androsch, meinte zum Thema Banken: „Die letzte Bankenrettung 2008 wird den österreichischen Steuerzahler noch mindestens 8 Milliarden Euro kosten“. „Weitere 4 Milliarden werden noch für die Rekapitalisierung der Banken aufgewendet“... Und die „Problembanken“ ÖAVG, Kommunalkredit und Hypo Alpe Adria brauchen weitere 4 Milliarden.“ Finanzministerin Fekter sagte: Allein die Hypo Alpe Adria wird die österreichischen Steuerzahler mehr kosten als Griechenland“ (Presse 14.10.2011).

Da geht das große Geld hin. Bei den Metallern hingegen wird um Zehntel-Prozente gefeilscht. Ergebnis: +4,2% bzw. +5,3% für Niedrigverdiener. Ein Erfolg für die Verhandler. Und für unsereins? Allein der wöchentlichen Einkauf wurde seit 2010 um 7% teurer. So nicht, meine Herren Sozialpartner! So nicht, liebe Spitzen von SPÖ und Gewerkschaften!

FÜR IHRE KRISE UNSER GELD!

Schon die Weltwirtschaftskrise 2008 mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers diente und dient nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäischen Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen. Damals haben die drei größten globalen Finanzriesen Citigroup, JP Morgan Chase und Goldmann Sachs nicht nur dem US-Steuerzahler mit der Erzeugung einer Stimmung von Angst - und Panikmache mittels der Regierung 700 Milliarden Dollar aus der Tasche gezogen. Sie haben auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochrisikanten Wertpapieren geködert. Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren.

KONKURRENZ USA - EUROPA

Unvermindert geht der Kampf Supermacht USA gegen die starke Konkurrenz aus Europa weiter. Wirtschaftlich ist Europa schon Nr.1 (!), das Jahresbruttonationalprodukt der EU-Staaten ist schon höher als das der USA. Die USA führen gegen die EU, ihren schärfsten Konkurrenten, Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie haben kein Interesse an einem starken Euro! Sie spielen die europäischen Staaten gegeneinander aus, schließen mit einzelnen Staaten abkommen, wie z.B. mit Polen, das in der NATO Mitglied ist und den US-Raketenschirm aufstellen lässt und anderen früheren „Ostblockstaaten“. Sie weiten in ihrem Kampf um Einflussphären und Rohstoffquellen den Einfluss des Dollarblocks aus und versuchen auch die Kooperation zwischen Europa und Russland bzw. China, den größten und stärksten Blöcken zu torpedieren. Militärisch ist die USA die einzige Supermacht. Sie kurbeln immer mehr ihre angeschlagene Wirtschaft über Kriege an. Das Militär ist schon lange der weitaus größte Arbeitgeber des Landes und die Rüstungsindustrie ist einer der bestflorierenden Wirtschaftssparten.

Und 90% der Rüstungsgüter kauft der US Staat! Doch auch im Rüstungssektor wird Europa immer mehr zum Konkurrent, Deutschland ist schon der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

Auch die jetzige Krise ist ein Ausdruck der Konkurrenz USA - Europa. Das bestätigten verschiedene Experten, u.a. auch Raiffeisen Chef Stepic bei einem Interview. US-Finanzminister Geithner forderte die EU- Chefs auf, noch 100te Milliarden für die Wirtschaft, bzw. für die Banken bereitzustellen. Geithner beschwerte sich ja schon Anfang des Jahres über das Handelsbilanzdefizit der EU. Die EU, aber insbesondere Deutschland, sollten doch entweder weniger Waren in die USA exportieren, oder - noch besser - mehr US-Produkte kaufen. Das sollte in einem Vertrag festgelegt werden, damit die Handelsbilanzen ausgewogen wären. Das sind die Machtdrohungen der Supermacht USA, im Versuch sich die europäischen Mächte unterzuordnen und die „Europa-Kritik“ soll auch von den eigenen riesigen Problemen ablenken.

SCHULDENKRISE IN EUROPA

Die Schuldenkrise in Europa dient vor allem wieder den Milliardären! Ein Großteil der Machthaber in Europa handeln, wie immer, als Agent und Diener der großen Kapitalgruppen. Sie geben die Steuermilliarden der Menschen für das Geschäft der Banken, Investoren, der sog. Märkte aus, natürlich ohne die Menschen zu fragen. Sie geben vor, dass die Ausgaben der Steuermilliarden den Griechen zu Gute kommen bzw. allen Menschen in ganz Europa, doch beides ist schlicht gelogen. Die Schuldenprobleme der einzelnen EU-Staaten, die ja das Kapital selbst herbeigeführt hat, sind für die EU gemeinsam mit dem IWF in Europa willkommen Anlass, den bisher größten Angriff auf die Lebens u. Arbeitsbedingungen der Menschen zu führen!

GRIECHENLAND

Das zeigt sich am drastischsten in Griechenland! Griechenland, das gerade einmal 2% vom Bruttona-

tionalprodukt der EU hält, wird als der Anlassfall hoch geputzt, um die Menschen in ganz Europa zum Zahlen und Kuschen zu bringen! Die Sparpakete in Griechenland liefern uns einen Vorgeschmack wohin die Sparpläne in den anderen EU-Ländern längerfristig gehen sollen! Griechische Verhältnisse sollen ganz Europa ins Haus stehen:

Die Griechen seien „faul und nicht sparwillig“, so heißt es vor allem von schwarzen u. blauen Politikern und auch direkt von den Wirtschaftsbossen. Sie seien „selber schuld weil sie nix hackeln wollen“! Wahr ist: Laut OECD arbeitet der Grieche im Schnitt 2034 Stunden pro Jahr und hat damit die längste Arbeitszeit Europas. (Die Holländer arbeiten 1378, die Deutschen 1390, die Österreicher 1581 Stunden pro Jahr!) Die große Masse der Löhne liegt knapp über dem Mindestlohn, in Griechenland bei 739.-Euro/Monat, die Mindestpension bei 400.-Euro, fast alle Pensionen betragen unter 700.-Euro. Die Kaufkraft eines griechischen Euro war schon 2008 um 18% niedriger als die eines österreichischen Euro. Bei Lohnhöhe von ca. 50% der Löhne bei uns sind die Lebenshaltungskosten heute ca. gleich hoch wie bei uns. Weiter zum griechischen Sparpaket: Lohnkürzungen und Pensionskürzungen bis 30%, Senkung des Mindestlohns auf 600.-Euro, Streichung von 150 000 Stellen im öffentlichen Dienst (von 700.000) bis 2015, Pensionsalter Anhebung von 60 auf 76 Jahre bis 2014, Aushöhlung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, Kürzung der gesetzlichen Abfertigung, Aushöhlung und teilweise Abschaffung von Kollektivverträgen. Drastische Verteuerungen : Heizöl um 100%, Benzin plus 100%, Strom, Heizung, Gas, öffentliche Verkehrsmittel plus 50% in den letzten 15 Monaten. Ein Drittel der 165000 Handelsbetriebe hat zugesperrt, ein Drittel kann die Löhne nicht mehr zahlen. 30% Jugendarbeitslosigkeit. Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 23%. Drastische Schnitte im Gesundheits-/Erziehungswesen und Sozialbereich. Privatisierungen von weiteren 16% der griechischen Telekom OTE, Verkauf von 34% der Postbank, Verkauf von 75% der Häfen von Piräus u. Thessaloniki, Teil-Verkauf des staatlichen Gaskonzerns

DEPA u. des Elektrizitätskonzern DES-MIE. Verkauf der verbliebenen 55% des Flughafens Athen, Verkauf von öffentlichem Grundbesitz in Tourismuszonen und noch weitere Privatisierungsprojekte.

WER PROFITIERT?

Die Ware Arbeitskraft in Griechenland wird noch billiger. Je schlechter es der griechischen Wirtschaft geht, umso billiger wird der Ausverkauf der interessantesten Teile der griechischen Wirtschaft an große deutsche Konzerne bzw. andere EU-Konzerne. Es kommt zum Verschleudern des gesamten Volksvermögens des Landes und das Land kommt immer mehr in eine neokoloniale Abhängigkeit.

Schon das erste und das zweite Griechenlandsparpaket haben den europäischen Großbanken schöne Zinserträge verschafft. Die Banken bzw. ihre Aktionäre wurden und werden keineswegs zur Kasse gebeten, die behauptete Beteiligung der Banken, auf freiwilliger Basis versteht sich, sieht so aus, dass die Banken zu über 90% ihre griechischen Staatsanleihen gegen neue, wertgesicherte langfristige umtauschen konnten.

„Wenn wir Griechenland nicht helfen, dann kostet das bei uns Arbeitsplätze und der Wirtschaftsaufschwung ist dahin“, so heißt es bei uns.

„Finanzministerin Fekter (30.9. 2011): Die Beteiligung am neuen EU-Rettungsschirm für Griechenland - das tun wir für uns! Sie will damit sagen, für uns alle.“

Das ist genauso unwahr als wenn es zuletzt immer wieder heißt: „Österreich ist eines der reichsten Länder, jeder Österreicher besitzt im Durchschnitt 242.000 Euro auf der Bank“. Kennen sie jemand, der soviel Geld auf der Bank hat. Ebenso kommen die Euro Milliarden, die auch wir alle zahlen, größten Teils nicht dem griechischen Volk, sondern einer Handvoll schwerreicher Hedge-Fond Investoren zu Gute und dem österreichischen Volk erst recht nicht!

WAS PASSIERT MIT DEN MILLIARDEN

Was mit den Milliarden passiert, das sagt ganz offen aus London der Journalist Landon Thomas JR in einer renommierten US Zeitung (International Herald Tribune 22.9.2011). Erst haben „gerade eine Anzahl von Investoren sich eine goldene Nase durch das Wetten gegen französische Banken verdient...“ und

zwar mit CDS, das sind sog. Credit Ausfallsversicherungen. Sie haben Millionen darauf gesetzt, dass französische Bankaktien in ihrem Kurs fallen und als diese das taten (gerade auch durch das Setzen auf sie), haben sie daran riesig verdient. CDS sind Versicherungen auf Kreditrisiken, mit denen zunehmend auf Kreditausfälle spekuliert wird. Das Ausmaß der CDS wurde schon 2008 auf 62 Billionen Dollar geschätzt und sie sind eine wichtige Ursache für die riesigen Staatsschulden, die viele europäische Staaten angehäuft haben.

Nun, so der Autor, haben US-Investoren in Milliarden Höhe griechische Staatsanleihen gekauft, die ja, weil Griechenland pleite ist, so billig wie noch nie sind, und zwar um 36 Cent gegenüber 1 Euro des Nominalwertes! Die Spekulanten hoffen einen ungeheuren Profit zu machen, in der Erwartung dass die EU Griechenland wieder auslöst, das heißt Milliarden zuschießt und zwar so wie im Juli dieses Jahres. Damals hatte die EU, als Teil ihres Rettungsplanes, einen großen Teil der griechischen Staatsanleihen um 79 Cent pro Euro in längerfristig und niedriger verzinsten Anleihen umgetauscht. Damals sagten schon viele Experten, das Geld komme hauptsächlich den großen Banken und ihren Aktionären und nicht dem griechischen Volk zu Gute. Wenn nun die EU-Chefs, wie geplant, Ende Oktober beschließen, die griechischen Staatsanleihen wieder um 79 Cent umzutauschen, dann machen die Milliardäre der Hedge-Fonds bzw. andere Investoren einen Gewinn von 100% machen. Wenn man bedenkt, dass Insider, so der Autor weiter, schätzen, dass diese Hedge Fonds allein nach dem 21. Juli 2011

(also nach dem Abschluss des neuen griechischen Rettungspaketes) griechische Staatsanleihen in der Höhe von ca. 40 Milliarden Euro gekauft haben, dann wären diese dann Ende Oktober 80 Milliarden Euro wert!

Da kommt das Geld der europäischen Steuerzahler hin, die europäische Zentralbank (EZB) überweist unser Geld direkt an die Milliardäre, der europäischen und damit auch der österreichische Steuerzahler hat nichts davon, im Gegenteil wir kriegen das nächste Sparpaket. Das kanns doch nicht sein auf Dauer?! Im Übrigen sollen Hedge-Fonds schon 2005 ca. 20% -25% des deutschen Aktienmarktes kontrolliert haben. (Handelsblatt 7.09.2005)

„SÜSSES GESCHÄFT“

Die geplante Umschuldung für Griechenland hatte laut Experten ca. eine Höhe ein Ausmaß von 135 Milliarden Dollar per Juli 2011. „Die Umschuldung Griechenlands mag für die Investoren ein viel süßeres Geschäft als für seine Steuerzahler sein“, sagt der Autor. Und Otmar Issing, ein führender deutscher Ökonom (Wirtschaftswissenschaftler?), der beim Exekutivrat der EZB beschäftigt war: „Jedermann weiß, dass das ein gutes Geschäft für die Banken war“... „Es wird Griechenland überhaupt nicht helfen.“ Ossing sagte auch, (wie viele Zeitungen zuletzt), „dass die (angekündigte) Beteiligung der Banken am griechischen Rettungspaket von 21% noch um einiges geringer ausfallen wird. Manche schätzen sogar unter 10%.“

Für die Masse der Menschen in Europa ist kein Geld da, die Menschen erleben ein Sparpaket nach dem anderen, insgesamt die massivsten Angriffe auf ihr Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Doch gleichzeitig hat das Finanzkapital noch nie so viel Milliarden an Euros (und Dollars) zur Verfügung wie heute! Wenn man z.B. bedenkt, dass Deutschland zur Rettung seiner Hypo Real Estate Bank (HRE) 2010 92 Milliarden Euro ausgegeben hat, dann sind die 27 Milliarden für Griechenland jetzt nicht soviel und das gleiche gilt für die österreichische Hypo Alpe Adria.

Man muss bedenken, dass die EU laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung (FAZ-net 28.9.2011) z.B. allein 2010 als Hilfspakete für die Banken 1700 Milliarden Euro bereitgestellt hat, Deutschland davon 500 Milliarden Euro.



FINANZSPEKULATION

Doch selbst diese Summen sind nur Cents im Vergleich zum Ausmaß der internationalen Finanzspekulation, die in den letzten 3 Jahrzehnten ungeheuer zugenommen hat, besonders seit 1999. Die riesige Umverteilung von unten nach oben, das Entstehen ungeheueren Reichtums beförderte schon seit 1970 den Druck des Kapitals nach grenzloser Ausdehnung, d.h. noch größerer Profitmaximierung. Durch die Deregulierung = Liberalisierung, d.h. Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der US-Finanzmärkte und die folgende Spekulation haben eine kleine Schicht Profiteure Kapitalien angehäuft, wie früher unvorstellbar.

Wenn man bedenkt, dass das **J a h r e s** volumen bei weltweiten Exporten von realen Gütern z.B. 2009 12,147 Billionen Dollar betrug, das aber der **t ä g l i c h e** Umsatz an globalen Derivaten, d.h. spekulativen Finanzprodukten, 2009 schon 3,981 Billionen Dollar betrug, also über 1570 Billionen Dollar pro Jahr, d.h. das ca. 140 fache des Exportes von realen Gütern, dann zeigt dies das Ausmaß der Finanzspekulation. Es bedeutet, dass heute in **d r e i** Tagen an den Devisenmärkten ebenso viel umgesetzt wird wie im Handel mit realen Gütern im ganzen Jahr!

WEM BANKEN UND STAAT DIENEN

Die Banken und die staatlichen Institutionen dienen rein dem Finanzkapital. Das zeigt u.a. folgendes Beispiel:

Wenn die Staaten in Europa Geld benötigen um ihre Defizite im Staatshaushalt zu finanzieren, können sie nicht zu ihrer eigenen Zentralbank gehen. Sie verkaufen ihre Anleihen an private Banken, um ans Geld zu kommen. Die privaten Banken leihen sich das Geld von der europäischen Zentralbank (EZB), derzeit um einen Zinssatz von 1,25% und verleihen es z.B. in Österreich um durchschnittlich 4,05% an den Staat weiter. (Verzinsung der durchschnittlichen österreichischen Staatsschuld 2010)

Im Jahr 2009 betrug die Verzinsung für die österreichische Staatsschuld betrug 6,718 Mrd. Euro, die gesamte Staatsschuld 168,715 Mrd. Euro. Hätte Österreich seine Anleihen direkt an die EZB bzw. ÖZB (Österreichische Zentralbank) verkauft, hätte man sich 4,6 Mrd. Euro der 6,718 Mrd. Euro erspart! Beim Budgetdefizit

2009 hätte man sich von den 9,6 Mrd. Euro ca. die Hälfte erspart, es wären 4,6 Mrd. Euro über geblieben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat weitere Hilfe für die Banken angekündigt! Die Banken können nun ein ganzes Jahr lang unbegrenzt Kredit aufnehmen! Sie bekommen so viele Milliarden wie sie brauchen, zum Zinssatz von 1,25%. Das Geld verleihen sie dann an ihre Staaten, bei uns z.B. zu 4,5% und an den kleinen Kunden zu 7%, 8% oder 10% und mehr. 2009 hatten sich die europäischen Banken 442 Milliarden Euro von der EZB ausgeborgt. Die Bankenbesitzer = Aktienbesitzer können sich auf weitere riesige Gewinne freuen. Die Steuerzahler in Europa, also wir, zahlen das wieder. Das Geld landet bei den Großaktionären, den Superreichen! Die Staatsschulden wurden durch die Spekulation der schwerreichen Investoren herbeigeführt. Nun verdienen sie wiederum an deren Rückzahlung. Wir zahlen dann das Defizit!



DEMOKRATIEABBAU

In ihrem Bestreben die Interessen des Kapitals effizient zu vertreten, kommt es in der EU nun gerade durch die Krisensymptome zu einem weiteren Demokratieabbau.

Die Staatsschefs der großen EU-Staaten wollen sich von den kleinen Ländern nichts „dreinreden lassen“. Sie haben gerade den neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen, der den bisherigen EU-Rettungsschirm ablöst. Er wird mit 80 Milliarden Euro direkten Bareinlagen und 620 Milliarden Euro abrufbares Kapital, also insgesamt 700 Milliarden Euro dotiert sein. (Österreichs Anteil 2,2 Milliarden Euro plus 17,3 Milliarden Euro).

Der ESM wird nicht öffentlich u. nicht transparent sein. Er wird keinerlei demokratischen Kontrolle u. keinem parlamentarischen Einfluss unterliegen. Er darf marode Staatsanleihen aufkaufen, darf selbst Finanzmittel veranlagen und Kredite aufnehmen! Eine Beteiligung von privaten Gläubigern bei Staatspleiten soll

geprüft werden und „womöglich“ durchgesetzt werden! Das heißt, der ESM und damit die Banken können weiter machen was sie wollen.

Die Installierung des ESM mag auch im Lichte der EU-Militarisierung, d.h. der EU-Rüstung zum Krieg um Einflussphären und Rohstoffquellen in Konkurrenz zur USA zu sehen sein.

GENUG GELD DA

Es wäre ganz einfach: Es ist genug Geld da, es ist nur völlig ungerecht verteilt: Laut einer neuen Wifo-Studie von Stephan Schulmeister würde eine Finanztransaktionssteuer von 0,05% bei Erfassung aller Transaktionen in Europa pro Jahr 215,9 Milliarden Euro bringen! Das heißt z.B. bei einer Steuer von 1% wären das 4310,8 Milliarden Euro. Toll – da ist das Geld zu Hause. Davon könnten wahrscheinlich sämtliche Schulden der EU-Staaten sofort gedeckt werden und es blieben noch ca. 2000 Milliarden Euro übrig. Und die Milliardäre hätten noch 99 Mal 4300 Milliarden Euro mehr, das sind immerhin noch ca. 429 000 Milliarden Euro!!! Und das sind ja nur die in Europa im Jahr offiziell erfassten Finanztransaktionen.

Die Machthaber wissen das alles und sie könnten es per Gesetz jederzeit beschließen.

Aber das ist alles Phantasie und Spekulation.

Das wird nicht passieren, jedenfalls nie freiwillig. Die Machthaber sind Handlager bzw. Teil des Finanzkapitals und sie vollziehen seine Politik. Auch um den Preis von Krise, Unterdrückung und Krieg. Wenn wir sie nicht daran hindern!

Zuletzt haben die Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal, nunmehr auch in Italien, USA und Deutschland gezeigt, dass sie nicht mehr bereit sind, diese Politik hinzunehmen. Erheben wir unsere Stimme. Wir sind die überwältigende Mehrheit!

Aus: *Gewerkschafter gegen Atomenergie und Krieg* 3/201, www.atomgegner.at



PENSIONSRAUB DURCH SOZIALPARTNER UND REGIERUNG

Geht es nach dem Vorschlag der Sozialpartner (also auch mit Zustimmung der Gewerkschaften und der AK !!!), dann soll es für Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Pension gehen müssen/wollen bzw. von den Firmen zwangsweise geschickt werden, keine Invaliditätspension, sondern nur mehr ein sog. Rehabilitationsgeld und die zwangsweise Rehab bzw. Behandlung in der Psychiatrie (z.B. bei der psychischen Krankheit Burn Out) sowie die Meldung z.B. ans Verkehrsamt (Führerscheinentzug droht!) geben. Und die Regierung, also auch der umtriebige ehemalige ÖGB-Präsident, BAWAG-Verscherbler und nunmehrige „Sozial“-Minister Hundstorfer, will still und heimlich beschließen, dass ab 2013 Zeiten von Arbeitslosigkeit und Krankenstand nicht mehr auf die Pensionsanwartschaft angerechnet werden.

So schauen die von ÖVP und SPÖ angedachten Verschlechterungen aus:

- keine Anrechnung der Arbeitslosigkeit und Krankenstände auf die Pensionszeiten !!!
- Zwangsrehab und Freiheitsentzug (stationäre Krankenhausaufenthalte) statt Invaliditätspension für kranke/ arbeitsunfähige Menschen sowie weitere Verschlechterungen beim Zugang zum Menschenrecht (UN-Menschenrechtsdeklaration) Invaliditätspension
- Vermehrte Zwangsarbeitsprogramme in Form von Arbeitstrainings (kostenlos Arbeiten für Firmen und "soziale Einrichtungen" auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und Allgemeinheit zum AMS- bzw. Mindestsicherungs-Bezug)

Das ist ein Angriff auf alle arbeitenden und arbeitslosen Menschen, denn keine/r kann etwas dafür wenn er/sie krank wird und hat keinen Einfluss darauf, ob ihn/sie eine Firma kündigt. Wer sind eigentlich die Firmen, die die hohen Zahlen an Früh- und InvaliditätspensionistInnen verursachen – wie wär's mit Transparenz und damit, diese Firmen in die Pflicht zu nehmen, anstatt die Menschen zu prügeln und zu Almosenempfängern zu machen?

WER VERURSACHT FRÜHPENSIONIERUNGEN – EIN BEISPIEL

Über Schikanen gegen kranke Mitarbeiter/innen der ÖBB-Postbus GmbH berichtet der ZBRV Robert Wurm: Gegen 15 kranke Mitarbeiter/innen wurden seitens unseres Unternehmens Pensionsverfahren eingeleitet, ohne die betroffenen Kolleg/innen vorher darüber zu informieren. Das Unternehmen ist an die Pensionsversicherungsanstalt herangetreten, damit diese die Dienstunfähigkeit der kranken Mitarbeiter/innen feststellt. ... Ein ganz besonders gemeinen Fall: Bei einem fleißigen Mitarbeiter sollte nach einer Krebsoperation - auf Antrag des Personalamtes - ein Zwangs-Pensionsverfahren eingeleitet werden, obwohl dieser nach seiner Genesung wieder arbeiten möchte

VIZEKANZLER SPINDELEGGER IN DER ORF-PRESSESTUNDE: ARBEITSLOSENZEITEN = „AUSSCHUSSEZEITEN“?

Laut Vizekanzler Spindelegger – und angeblich auf Vorschlag von „Sozial“minister Hundstorfer (ein Dementi liegt bis dato nicht vor) – sollen ab 2013 Arbeitslosenzeiten, die Spindelegger in der ORF-Presserstunde als „Ausschusszeiten“ bezeichnete, nicht mehr für die Pension angerechnet werden.

Jetzt ist die Katze aus dem Sack, was die Großkopferten von uns arbeitenden oder immer häufiger arbeitslos gemachten Menschen halten: Ausschuss sind wir in deren Augen. Aber ihr Gehalt und das der Polit- Banker- und Wirtschaftsbosse dürfen wir tagtäglich schon erarbeiten – und wenn wir nicht mehr gebraucht werden, hinaus geschmissen und arbeitslos gemacht werden, sollen wir obendrein noch dafür mit öffentlicher Ächtung, Einkommens- und Pensionsentzug bestraft werden. Diese Gesinnung der Oberen geht davon aus, dass wir da unten für sie eben nur „Ausschuss“ sind und eben an unserer allfälligen

Erwerbslosigkeit wohl selbst Schuld seien.

Als Ausschuss wird normalerweise etwas bezeichnet, das nicht mehr zu gebrauchen ist. In der Produktion etwa ist der, der Ausschuss produziert, dafür verantwortlich und nicht der Ausschuss selbst. Einmal abgesehen davon, dass durch Spindeleggers Äußerung Menschen mit Dingen gleichgesetzt werden: Wenn wir also von den Firmen, auf dessen Entscheidungen wir keinen Einfluss haben, nicht mehr gebraucht werden, sind nicht wir, sondern die Firmen die Schuldigen. Insofern ist Spindeleggers Wortwahl doppelt verräterisch: Sie zeigt, dass nicht wir an unserer Arbeitslosigkeit Schuld tragen und dass er Klassenkampf gegen die arbeitenden Menschen betreibt, indem er uns, wenn unverschuldet zu Arbeitslosen gemacht, als Ausschuss beschimpft.

Spindeleggers Haltung erinnert an die von Haider und Strache, die nicht die Banker und Bosse, son-

dern die erwerbslos gemachten arbeitenden Menschen als „Sozial-schmarotzer“ und „in der sozialen Hängematte“ liegend verunglimpft haben. Doch die wahren Sozial-schmarotzer, gegen die weder die Regierungs- noch die Oppositionsparteien etwas haben, sind die Banker und Bosse, die – abgesehen von Boni, Schmiergeld und Korruption – soviel Einkommen haben, wie sie in 10, 20 oder auch 100 Leben nicht erarbeiten können. Sie haben ein arbeitsloses Einkommen! Denn die Werte schaffen die Masse der arbeitenden Menschen, selbst wenn sie zwischendurch oder meist als ältere ArbeitnehmerInnen, weil sie die Firmen nicht mehr wollen, arbeitslos werden.



Dass die Menschen, die arbeitslos sind nur zu faul zum Arbeiten seien, wie dies Vizekanzler Spindelegger unterstellt, widerlegt die Tatsache, dass ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung vom AMS aus in Pension geht. Ältere Menschen werden von den Firmen einfach auf die Straße geworfen. Dagegen wird nichts gemacht, dafür aber gegen die Hinausgeschmissenen gehetzt. Der Wahnsinn hat Methode: Zuerst hat

man eine „Mindestsicherung“ installiert, die weit unter der Armutsgrenze liegt, jetzt treibt man die Menschen mittels von den Betroffenen nicht verursachter Arbeitslosigkeit und Streichung der Anrechnung der Arbeitslosenzeiten auf die Pension in diese „Mindestsicherung“ und stiehlt ihnen Lebensqualität und Pensionsjahre, während die „oberen Zehntausend“ in Saus und Braus auf unsere Kosten leben. Gegen diese

Verhetzung, gegen diesen Klassenkampf von oben müssen wir und müssten SPÖ und Gewerkschaften, wenn sie sich noch ernst nehmen, Sturm laufen. Haben wir nicht eine SP-geführte Regierung, einen SPÖ-Sozialminister, einen SP-ÖGB-Präsidenten usw., usw.? Wenn dem nichts entgegen gesetzt wird und das durchgeht, wird direkt den offenen rechten Hetzern à la Strache in die Hände gearbeitet.

PFLEGE GELD DRAUB = LEBENSZEIT RAUB

Den Banken werden Milliarden nachgeschmissen, den alternden Menschen – trotz aller Beteuerungen wie viel sie für die Gesellschaft wert seien – das Pflegegeld ab 2011 gekürzt. „Stolze“ 22 Millionen Euro werde man sich dadurch ersparen, so das Sozialministerium. Ein Klacks vor dem Hintergrund der Bankmilliarden, eine mittlere Katastrophe für 10.000 Menschen, die dieses Jahr keine Zuerkennung auf Pflegegeld erhalten. Das bedeutet in der Regel entweder mehr Arbeit für die Pflegeangehörigen, meist Frauen, oder wenn Hilfskräfte dadurch nicht bezahlt werden können – schlechtere Lebensbedingungen und mehr Krankheit und somit letztlich eine kürzere Lebenserwartung für die Pflegebedürftigen selbst. Da nützt es wenig, wenn Sozialminister Hundstorfer Österreich stolz als „Pflegeweltmeister“ bezeichnet, weil bei uns 5,1 %, in Deutschland nur 2,8 % Unterstützung für Pflege erhalten. Das zeigt im doppeltem Sinne, wie krank unsere Gesellschaft ist: Entweder haben wir in Österreich fast doppelt soviel Pflegebedürftige weil unsere Arbeits- und Lebenswelt so krankmachend ist, oder in Deutschland werden schon jetzt die Pflegebedürftigen im Stich gelassen – beides ist unerträglich!

FEKTER – RÜCKTRITTSREIF

Das fanden völlig zurecht eine erkleckliche Anzahl von BürgerInnen, als die Finanzministerin zur Verteidigung der Reichen und Banker auszog und die Kritik an den Reichen mit der Judenverfolgung durch die Nazis verglich. Das ist doppelt perfid: einmal die Verfolgung und Ermordung mit Kritik gleichzusetzen und zum anderen, die Kritiker ins Nazieck zu stellen. Die Protestaktion bestand darin, „Rücktritt Fekter“ sichtbar an eigene Fenster- und Autoscheiben zu kleben und so die zivile Ablehnung öffentlich auszudrücken. Ein Beispiel, das bei anderen derartigen Vorfällen Schule machen kann.

FINANZKRISE: DER GROSSE KNALL UND DIE SPÖ

Dass Österreich von der Finanz- und Bankenkrise nicht betroffen ist, glaubt keiner mehr. Spätestens seit der großmaulige ERSTE-„Wutbanker“ Treichl innerhalb von zwei Wochen aus 900 Millionen Euro Gewinnaussicht eine Verlufterwartung vom 800 Millionen Euro machte. Die 1,2 Milliarden Euro Staatshilfe werden so nicht zurückgezahlt, damit – weil die Bank ja Verluste schreibt – braucht sie nicht einmal Zinsen an den Staat zahlen – genauso nicht wie die Volksbanken.

Und an welchen „Ausweg“ denken die EU-Granden bei ihrem Gipfel am 23. Oktober? Gerade erst hat Österreich eine 22 Milliarden-Euro-Haftung für den EU-Rettungsschirm EFSF genehmigt. Jetzt soll der EFSF von derzeit insgesamt 440 auf 2.500 Milliarden Euro „gehebelt“ werden! Wie? Der EFSF kauft Staatsanleihen, hinterlegt diese bei der EZB, erhält dafür Kredite, kauft mit dem Geld wieder Staatsanleihen, wieder EZB, wieder Kredit, usw. Das ist selbst in der bisher alles mittragenden bzw. vorantreibenden SPÖ-Spitzen nicht unumstritten. So stöhnt der SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer: „Das ist undenkbar. Es kommen Hämmer auf uns zu.“ (Kurier, 16.10.11). Für Krainer ist undenkbar, „dass auf diesem Weg das Risiko für die Steuerzahler vervielfacht wird, ohne dass das Parlament zustimmt. Denn Österreich müsse im Bedarfsfall der EZB Geld zuschießen, oder es komme zu höherer Inflation.“ Auch dass die EU sich Durchgriffsrechte auf die nationale Budgetgestaltung bis hin zur kommissarischen Verwaltung geben will, lehnt Krainer vehement ab: „Es ist undenkbar, dass demokratisch legitimierte Parlamente durch eine nicht demokratische legitimierte EU-Kommission ersetzt werden.“ Krainer liegt mit seiner Kritik völlig richtig. Bleibt nur zu hoffen, dass das was er für undenkbar hält auch die übrige SPÖ-Spitze so sieht und vor allem danach handelt und nicht wieder vor der ÖVP umfällt. Ob das Parlament nämlich zustimmt oder nicht, hängt nicht unerheblich von der SPÖ ab – solange sie noch eine Mittelpartei ist. Es ist höchste Zeit der Scheinkritik der FPÖ am EU und Bankenkrise eine wirkliche und tätige Kritik entgegenzusetzen. Wenn das aber nur Worthülser sind, dann haben die SPÖ-Spitzen erhebliche Mitverantwortung daran, wenn die Rechten erst recht zulegen.

FINANZKRISE: „KAPITALISTISCHE BLASE“

Als solche bezeichnet der Kurier-Leitartikler, Peter Rabl, die Finanzkrise. Und er malt aus, dass sie platzen könnte, besser gesagt: platzen wird. Damit müssten wir leben, meint er. Das würde nicht schmerzlos abgehen. Aber – so die scheinbare Beruhigungsspielle: „Im Gegensatz zur traurigen europäischen Geschichte könne glücklicherweise die kapitalistische Blase nicht durch einen Krieg zum Platz gebracht werden ... Wir werden auf weniger brutale Weise Opfer bringen müssen.“ Das will im Klartext soviel heißen wie: Wenn ihr, liebe Bevölkerung, nicht kuscht und alles über euch ergehen lässt, was Industrie, Banken, EU und heimische Politik euch aufhalsen und abverlangen, dann gibt es Krieg. Es ist aber so: Krieg gibt es wegen der kapitalistischen Wirtschaft, der Profitkonkurrenz der Banken und Konzerne. Da hilft alles unser Opferbringen nichts. Nur wenn wir uns wehren, ihnen das Zepter aus der Hand nehmen und das Profitmachen unterbinden, kann die Kriegsgefahr gebannt werden.

POSTBUS

Die ÖBB-Postbus GmbH hat die Anschaffung eines Kontrollsystems beschlossen, welches Kosten in der Höhe von 3 Millionen Euro verursacht. Die Arbeitnehmervertreter haben unter Hinweis auf das Arbeitsverfassungsrecht protestiert und dagegen gestimmt. „Die beabsichtigte Vorgangsweise ist eine Provokation gegenüber eindeutigen Rechtsbestimmungen und natürlich gegenüber den Beschäftigten,“ so ZBRV Robert Wurm. In Zeiten, in denen man auch bei den ÖBB auf Kosten schauen sollte, ist es nicht nachvollziehbar, dass man 3 Millionen Euro in die Überwachung von Mitarbeitern investiert anstatt in die Sicherheit und Zufriedenheit der Kunden.“

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner AktivistInnen, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätsreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

108/11

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:

Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

LESERBRIEFE:

Hallo Gutmenschen!

Wurden bei uns Tierschützer des Terrorismus beschuldigt und auch gleich eingesperrt, so wurden im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in Orlando, der Basis von Disney World, gleich 23 Leute als Terroristen festgenommen, die an Unterstandslose und Hungrige Lebensmittel verteilt haben. Also in Zukunft aufgepasst, wenn ihr irgendwo spendet oder teilt - jeder Bettler, Pfarrer oder dgl., der um Spenden bittet, könnte ein verdeckter Ermittler sein und bei uns geht das ja noch mit einem monatelangen, finanziell ruinösen Prozeß ab, wenn aber der "undercover agent" vom CIA kommt, geht's ab nach Guantanamo oder es kommt gleich zur gezielten Tötung. In unseren politischen Systemen wird nämlich der Vermögenszuwachs auf alle Mitbürger verteilt: "Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer zahlreicher, was auch ein Reichtumszuwachs ist". Wer sich dagegen wehrt, ist ein Terrorist. Also ein fröhliches "Geiz ist geil", falls die Stasi, die GeStaPo oder das BKA mitlesen tut. **H. H., NÖ**

PS.: Wer's nicht glaubt, liest auf englisch nach: http://www.truthdig.com/report/item/food_terrorism_in_the_magic_kingdom_20110628/

Sehr geehrte p.t. Journalisten!

Ich bin 75 und kann mich noch an die Nazi Propaganda, mit den Stuka Angriffen auf Polen erinnern, an den kalten Krieg, den Koreakrieg, Mao, Vietnam, Chile, Irak, Afghanistan, Libyen, usw.! Die Rolle der Medien war immer durch erbärmliche Lügen gekennzeichnet, warum soll es diesmal mit Libyen gegen die NATO und USA anders sein? Die Journalisten sind ganz einfach bezahlte Lügner, die sich ihr Brot durch den Verkauf ihrer Seele verdienen, arme Teufel, wie man sagen muss! Jetzt geht die Lüge mit dem "Internationalen Gerichtshof", den die USA aus gutem Grund nicht anerkennt, wieder los! Im Vergleich mit den anderen Politikern, (Obama, schaut sich die Ermordung Bin Ladens live an), ist Gaddafi ein Staatsmann, der den Märtyrertod für Libyen, seine Heimat, nicht scheut! Was sagen die p.t. Journalisten zu dieser Sicht der Dinge? **K.R., Smk.**

PS.: Wir haben unsere Sicht der Dinge zum Krieg gegen Libyen in unserer letzten Zeitung dargelegt.

DANK UND SPENDENAUFRAF

Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und Abozahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Wir machen die Zeitschrift und unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen Kosten für die Herstellung der Zeitung oder die Betreuung des Webs.

Wir haben wiederum an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt. Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abo-Zahlung oder per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen. Danke.

Bei allen unseren Abonnenten und Spendern bedanken wir uns herzlichst für die Unterstützung auf die wir im Sinne unseren gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind. Danke!

Mit solidarischen Grüßen
Österr. Solidaritätskomitee
oesolkom@gmx.at
<http://proSV.akis.at>

P.S.K.

00079348267

W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267

W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

004

00079348267 + 000600000 >

40+

004